



NEUE WEGE FÜR ALTE MENSCHEN IN ZÜRICH?

Wir Grünen begrüssen es sehr, dass die längst fällige Debatte zum Thema Alter im Gemeinderat geführt und die Altersstrategie überarbeitet wird. Alt werden und alt sein geht uns alle an, egal welcher Herkunft oder Lebensweise. Leider ist es häufig nur eine Wunschvorstellung, dass es uns im hohen Alter körperlich, kognitiv und seelisch gut geht. Alt sein bedeutet leider häufig kleinere oder grössere Beschwerden. Wann und ob diese auftreten ist unterschiedlich und individuell. Die Betroffenen verdienen unseren Schutz und unsere Fürsorge.

Die Ansicht, dass in Zukunft die älteren Menschen nicht mehr in eine Institution ziehen, sondern in ihren Wohnungen bleiben werden, teilen wir Grüne nicht. Es geht nicht an, dass Alters- oder Pflegezentren der Stadt Zürich abgebaut oder ihnen die notwendigen finanziellen Mittel gekürzt werden. Natürlich werden vielfältigere Wohnformen für alte Menschen benötigt, damit auch diejenigen, die in einer Privatwohnung leben – egal in welcher Form – bei Bedarf professionell gut betreut und gepflegt werden.

Die Devise muss lauten «ambulant UND stationär» und nicht wie bisher «ambulant VOR stationär», denn jeder alte Mensch soll selbstbestimmt entscheiden können, wo und wie er leben will. Dies unabhängig von Herkunft, Lebensweise, oder vom Vermögen und Einkommen. Wir sind der Ansicht, dass das Angebot der städtischen Alters- und Pflegezentren mindestens im selben Umfang beibehalten werden muss. Zudem muss das städtische SPITEX-Angebot ausgebaut werden. Ein Hindernis dabei wird wohl sein, dass auch hier der Mangel an ausgebildetem Personal immer stärker eine gute Betreuung und Pflege erschweren wird. Was trotz alledem auf keinen Fall sein darf ist, dass wir uns beim Personal im nahen und fernen Ausland bedienen, denn auch da zeichnet sich bereits Personalmangel ab, und es geht nicht an, dass wir auch in diesem Bereich Frauen aus finanziell schwächeren Ländern ausbeuten. Weiter ist die Finanzierung von umfassender und länger andauernder Pflege durch die SPITEX ungelöst, denn auch sie kann teuer werden. Zudem reden wir heute nur von der Pflege! Betreuung (etwa spazieren gehen) und Haushalt werden nicht durch die Krankenkassen gedeckt, sondern müssen privat finanziert werden. Das kann durchaus bedeuten, dass das Leben zu Hause nur noch durch Begüterte bezahlt werden kann. Sobald der Pflege- und Betreuungsaufwand grösser wird, sind stationäre Angebote günstiger.

Die Privatisierung der Betreuung und Pflege von alten Menschen darf nicht das oberste Ziel sein. Die Betreuung und Pflege darf nicht vermehrt den meist weiblichen Angehörigen oder informellen Freiwilligen aufgebürdet werden. Überforderung ist meist vorprogrammiert und Misshandlungen der alten Menschen oder Erschöpfung der Betreuenden und Pflegenden sind oft die Folge.

Ein wichtiger Aspekt, der beim Wunsch oder Anspruch, in der privaten Wohnung bleiben zu können, vergessen wird, sind die demenziellen Erkrankungen. Sie treten bei den meisten Menschen mit zunehmendem Alter ein – eine übrigens ebenso unerwartete wie unerwünschte Folge der längeren Lebenserwartung. Demenz gibt es in unterschiedlicher Ausprägung und egal, wo jemand

lebt. Sie stellt die Betreuenden und Pflegenden vor grosse Herausforderungen; Angehörige sind davon meist *überfordert*.

Daraus folgt: Vielfältige Wohn-, Betreuungs- und Pflegeformen sind unabdingbar. Ein Abbau der bestehenden Alters- und Pflegezentren lehnen wir ab. Eine Neuausrichtung, der Alters- und allenfalls Pflegezentren, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Herkunft und Lebensformen (Stichwort Diversity), begrüßen wir. Den erforderlichen weiteren Ausbau der SPITEX sehen wir als eine logische Schlussfolgerung. Die Dezentralisierung der Beratungs- und Unterstützungsangebote (siehe Motion Bättschmann und Kunz) sind ein weiterer wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Und: die Arbeitsbedingungen für die professionellen Pflegenden müssen, im Interesse von uns allen, klar verbessert werden.

Wir sehen der überarbeiten Altersstrategie mit Spannung entgegen und hoffen, dass es eine Strategie sein wird, die den unterschiedlichen Anforderungen der heutigen und künftigen alten Menschen in der Stadt Zürich, gerecht wird.

Rückfragen

Monika Bättschmann, Gemeinderätin, 076 399 57 04

Markus Kunz, Gemeinderat, Fraktionspräsident, 079 463 28 45

Marcel Bührig, Gemeinderat, Mitglied SK GUD, 079 554 50 44